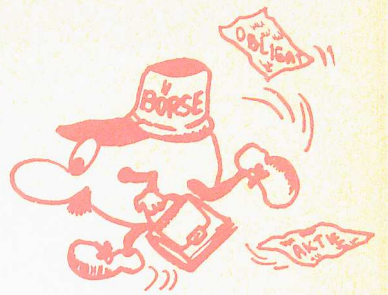


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

WS 1978/79
November

Nr. 5
1978

Wie politisch sind Personalentscheidungen ?

Am vorletzten Mittwoch (8. 11.) fand eine Sitzung des Fakultätskollegiums (= wichtigstes Mitbestimmungsgremium; Stimmenverhältnis: 8 Studenten : 8 Assistenten : 2 nicht-wissenschaftlichen Angestellten : 16 Professoren) statt. Neben der Einsetzung diverser Habilitationskommissionen (diese dienen der Abstimmung und Diskussion über die Erteilung der Lehrbefugnis) standen einige wichtige Personalangelegenheiten auf der Tagesordnung.

Nachdem Winckler zum Professor ernannt worden ist und die Leitung der Abteilung für Allgemeine Wirtschaftspolitik übernommen hatte, ging es nun um die Bestellung von Assistenten für diese Abteilung. Neben einigen anderen Bewerbern hatte sich auch ein früherer Mitarbeiter des Roten Börsenkrach - Peter Rosner - derzeit noch Assistent am Institut für Ökonometrie der Techn. Universität, um diese Stelle beworben.

Kaum hatten die rechten Professoren davon erfahren, daß sich ein ehemaliger RBK-ler um diese Assistentenstelle beworben hatte, sahen sie den Untergang des Abendlandes um ein gutes Stück näher rücken und setzten alle Hebel in Bewegung, um Rosner zu verhindern. Allerdings traten sie in keiner Phase offen gegen Rosner auf, sondern intrigierten und tricksten geheim, still und hinter den Kulissen.

Allen voran hielten wieder einmal Bös mit seinen Assistenten und Weber das Banner der rechten Recken am wirtschaftswissenschaftlichen Institut hoch. In gewohnt schmieriger Art wurden bis zuletzt nie die wahren Ablehnungsgründe - die politische Haltung und Aktivität Rosners - genannt, sondern mit Hilfe aller nur erdenklicher formaler Tricks und Einwände die Verhinderung Rosners betrieben. So wurde u.a. versucht, die Bestellung Rosners auf die nächste Sitzung des Fakultätskollegiums (= FK) zu vertagen, um Zeit für weitere Manöver zu gewinnen.

Den Gipfel der Frechheit leistete allerdings dann Bös gegen Ende dieses Tagesordnungspunktes. Da die formalen Verfahrensargumente gegen Rosner zu sehr hinkten, sowie Rosners bessere wissenschaftliche Qualifikation gegenüber den anderen Bewerbern formal ebenfalls nicht in Zweifel gezogen werden konnte, wurde Bös - sofern er seine Ablehnung Rosners weiterhin aufrechterhalten wollte - dazu gezwungen, 'inhaltlich' zu argumentieren:

Bös - dessen ganze wissenschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Ökonomie zu Beginn seiner Karriere darin bestand, triviale und populäre Bücher über irgendetwas Rechtsvorschriften zu publizieren - bezeichnete den zuletzt erschienenen Aufsatz von Rosner¹ als Pamphlet.

¹ Peter Rosner, Sozialreform und Sozialforschung, in Wirtschaft und Gesellschaft 3/78

Mit keinem Wort ging er auf den wirklichen Inhalt von Rosners Aufsatz ein. Die Bezeichnung "Pamphlet" mußte als Pauschaldenunziation herhalten. Damit wurde jedoch nicht nur eine Publikation der Privatperson Rosner denunziert, sondern - wer Rosners Aufsatz kennt, kann es bestätigen - alle nichtbürgerlichen und linken Wissenschaftsauffassungen.

Die Frechheit besteht nun nicht in der Tatsache der Kritik schlechthin, schließlich produziert sich der wissenschaftliche Fortschritt zu einem nicht geringen Teil durch wechselseitige Kritik. Doch diese Art einer denunziatorischen Kritik und die Tatsache, daß sie von jemandem kommt, der bis jetzt wahrscheinlich noch nicht einmal (im Gegensatz zu Streißler z.B.) die neoricardianische Kritik an seiner neoklassischen Spintisiererei zur Kenntnis genommen hat, geschweige denn marxistische Ansätze mehr als nur von Hörensagen kennt, dies alles läßt die Bössche Äußerung als dreiste Anmaßung erscheinen.

Zum Glück gelang es Bös & Co - wir wissen übrigens, daß Genser und Holzmann, die beiden Assistenten von Bös, versucht haben, die Assistentenvertreter in FK zu einer Ablehnung von Rosner zu bewegen - nicht, eine Mehrheit für ihre Argumente im FK zu finden; Rosner wurde zum Assistenten bestellt. Was bleibt, ist die erneute Bestätigung, daß die Kooperations- und Demokratiebetuerungen gewisser Professorenkreise lediglich eine phrasenhaftes Lippenbekenntnis darstellen.

XXXXXXXXXX

Der zweite wichtige Punkt der Tagesordnung bestand in der Bildung einer Berufungskommission für den Nachfolgeposten von Prof. Ziegler (Die Berufungskomm. hat einen 3er-Vorschlag von für den Posten in Frage kommenden Soziologen zu erstellen. Das Wissenschaftsministerium beruft dann einen der 3 auf der Liste befindlichen Bewerber)

Dabei ging es um die scheinbar belanglose Frage der Kommissionsgröße. Sollte die Komm. 20 (10 Prof.:5Ass.:5Stud.) oder 24 (12:6:6) Mitglieder haben? Hinter den trockenen Zahlen verbergen sich jedoch geschickte Intrigen und Kämpfe der Professoren untereinander und Auseinandersetzungen zwischen linken Studenten und rechten Professoren.

Umfaßt die Kommission nur 20 Mitglieder, so sind nach einer internen Professorenabstimmung genau Winckler und Orosel nicht in der Berufungskommission. Nun gehören aber Winckler und Orosel zu jener Gruppe von Professoren, die einen eher unabhängigen, liberalen Standpunkt vertreten und sich deshalb bei Abstimmungen bedeutend schwerer in eine konservative, professorale Fraktionsdisziplin einordnen lassen, als z.B. Rosenmayer, Bruckmann, Bös.u.a., die ja gerade zu den Scharfmachern unter den Professoren zählen. (Daran ändern auch deren scheinheilige Bekenntnisse in den Vorlesungen nichts)

Nicht daß Winckler und Orosel so studentenfreundlich wären, sie bieten jedoch den konservativen Recken unter den Prof. nicht eine 100 %ige Gewähr für ein in deren Sinne opportunes Abstimmungsverhalten. Dies ist unserer Meinung nach der tiefere Grund für den Ausschluß von Winckler und Orosel aus der Kommission.

Die Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt brachte schließlich eine äußerst knappe Mehrheit für eine kleine 20er Kommission. Dabei spielten bei der Abstimmung die Soziologiestudenten in FK eine üble Rolle, indem sie teilweise für die kleine Komm. stimmten, obwohl sie bei einer Vorbesprechung ebenfalls für eine 24er Kommission waren. Entweder wurde hier von den Soziologiestudenten Fälschmünzerei und eine unheilige Allianz mit Prof. Rosenmayer betrieben oder sie waren zu naiv, um das ganze Intrigenspiel der Prof. zu durchschauen. Doch nur Naive glauben, daß man es in personalpolitischen Fragen mit Naiven zu tun hat.

KOMMT DIE ANTI-ATOM-SPÖ ?

Nach dem Nein zu Zwentendorf ist Bruno Kreisky ein Stein vom Herzen gefallen. Dies sowohl auf Grund kurzfristiger als auch langfristiger Überlegungen.

Mit Nähertrücken des 5. November war zunehmend damit zu rechnen, daß die ÖVP genau das erreichen würde, was sie mit ihrem skrupellosen Opportunismus bezweckte, nämlich eine ganz knappe Ja-Mehrheit. Damit wäre Zwentendorf in Betrieb zu nehmen gewesen, ohne daß die SPÖ die Verantwortung auf einen sichtbar mehrheitlichen Volksentscheid hätte abwälzen können. Das hätte der ÖVP den erhofften "schwedischen" Wahlsieg gebracht.

Es soll nicht behauptet werden, Kreisky hätte das Nein beabsichtigt oder erwartet. Noch wenige Wochen vor der Abstimmung wäre ein bißchen über 55% drin gewesen, und zusammen mit einer Verschiebung der Inbetriebnahme bis nach den Wahlen hätte man der ÖVP ihren Atomwahlkampf vermiest. Eine Nein-Mehrheit war die zweite Möglichkeit, dies zu erreichen.

Das ist aber nicht der einzige Grund, warum das Abstimmungsergebnis Kreisky gar nicht so unrecht gewesen sein dürfte. Denn neben diesen kurzfristigen - noch relativ offensichtlichen - Konsequenzen stehen auch langfristige, die teilweise nur vermutet werden können.

Abgesehen davon, daß die SPÖ beim Beschluß über die Einführung der Atomkraft in Österreich für eine abwartende Haltung und für einen Ausbau der Donaukraftwerke war - sie konnte sich damit gegen die damalige ÖVP Regierung nicht durchsetzen - abgesehen davon also, können wir heute innerhalb der SPÖ Überlegungen annehmen, die ein Abgehen von der Atomkraft aus verschiedenen Gründen befürworten würden; Überlegungen, die gesellschaftspolitischer Natur sind und sicher vom Gewerkschaftsflügel der Partei am allerwenigsten angestellt werden. Wir können sie uns etwa so vorstellen:

Um an der Regierung zu bleiben, braucht die Sozialdemokratie halbwegs stabile, d.h. vorherschaubare politische und soziale Verhältnisse. Die Atomkraft hat sich aber als eine ihrem Wesen nach gesellschaftsdestabilisierende Technologie erwiesen. Nicht weil sie zu radioaktiver Verseuchung, zu lebens- und gesundheitsbedrohenden Gefahren ganzer Städte und Regionen führt,

sondern weil dies von ihr behauptet werden kann. Kreisky ist ehrlich von der umweltfreundlichsten Energie aus AKWs überzeugt, aber das ist nicht relevant. Solange wir in einer Gesellschaft mit - wenn auch noch so limitierten - demokratischen Wahlmöglichkeiten leben, müssen einander konkurrierende Parteien Mißtrauen und Vorsicht gegen eine solche Technik entwickeln, eine Technik, die - auch nur einmal in Betrieb genommen - einfach von ihrer Funktionsweise her - sei sie noch so sicher - die Lebensbedingungen von Hunderttausenden, ja von Millionen für ganze Generationen betreffen muß.

Auf solch ein Technologie Dilemma kann ein politisches System auf zweierlei Weise reagieren: es kann alle Formen demokratischer Öffentlichkeit und Einflußmöglichkeit liquidieren (deshalb wird das AKW Programm in den kommunistischen Staaten auch so klaglos durchgezogen), oder es kann zu politisch unbedenkllicheren Technologien übergehen. Ein Abgehen von den Basisinstitutionen bürgerlicher Demokratie ist in den entwickelten kapitalistischen Ländern in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten, sodaß wir mit der zweiten Möglichkeit rechnen müssen. Vieles deutet auch international darauf hin, daß diese Entwicklung bereits begonnen hat.

Kreisky hat einen möglicherweise entscheidenden Störfaktor vom Hals, der für eine langfristige sozialdemokratische Strategie nicht einkalkulierbar gewesen wäre. Und daß es ihm um mehr als die Wahlen 79 ging, beweisen das nunmehr generelle Atomkraft Verbot und die ersten Anzeichen eines nicht nuklearen Energiekonzepts. Solches gegen Kienzl und Benya in der Partei durchzusetzen, wird wohl einer der Gründe gewesen sein, weshalb Kreisky die "Generalvollmacht" vom Parteivorstand verlangte. Es ist freilich schwer vorauszusagen, wie sich die Kräfteverhältnisse in der Partei in den nächsten Jahren entwickeln werden. Wir wissen, wie viele mit dem Gedanken spielen, in Zwentendorf ein paar Schrauben auszuwechseln und eine neue Abstimmungskampagne zu beginnen.

Was sich beinahe von selbst versteht, muß zuletzt noch gesagt werden. Ohne Anti-AKW-Bewegung wären die zunehmenden Widersprüche, in die die Parteien gebracht werden, nicht denkbar, wäre das Kernkraftkonzept von jeder, auch noch so fortschrittlichen, sozialdemokratischen Partei akzeptiert worden. Auch die Zukunft der Kernkraft wird mehr denn je an der Basis entschieden.

WER RADIKAL IST, BESTIMME ICH

Als vor ein paar Jahren bei Personalvertretungswahlen an der Uni Klagenfurt eine große Mehrheit roter Personalvertreter gewählt wurde, war die öffentliche Bestürzung groß. Der damalige Vorsitzende der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten Gasperschitz forderte lautstark einen Radikalenerlaß für österreichische Beamte. Das hatte damals zur Folge, daß sich Leute, die von sich behaupten, demokratisch zu sein, vehement dagegen wehrten und auch die SP-Regierung Gasperschitz beschwichtigte: Die österreichische Beamtendienstpragmatik (aus der Zeit der Monarchie!) mache einen Extraerlaß überflüssig.

Doch die Zeiten änderten sich - Gasperschitz' Nachfolger in der einzigen ÖVP-dominierten Einzelgewerkschaft Österreichs, Sommer, machte ohne lange Vorwarnung einen Gesetzesentwurf über "Die allgemeinen Dienstpflichten des Beamten" - als Fortsetzung der "Reform" des österreichischen Beamtendienstrechts von 1977. SPÖ-Mitglied Löschnak (Beamtenstaatssekretär) unterstützte Gasperschitz dabei eifrig. Zwar behauptet er, ein Radikalenerlaß käme für Österreich nicht in Frage, der Entwurf sei aber in Ordnung.

In welcher oder wessen Ordnung der Entwurf aber ist und inwieweit er sich von einem Radikalenerlaß unterscheidet oder eben nicht, das ist die Frage!?

Aus Platzgründen drucken wir nur § 1 Abs. 1 und 2 ab, die das wesentlich Neue für Österreichs radikale Beamtenschaft bringen sollen.

§ 1 (1) Der Beamte muß sich durch sein gesamtes Verhalten zur demokratischen Grundordnung der Republik Österreich bekennen und für ihre Erhaltung eintreten. Er ist zur getreuen Beachtung der geltenden Rechtsordnung verpflichtet und hat seine dienstlichen Aufgaben aus eigenem mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln gewissenhaft, unparteiisch, uneigennützig, gerecht und mit Fleiß zu besorgen. Er steht in einem besonderen Treueverhältnis zur Republik Österreich.

Schon beim ersten Satz stolpert man über den Begriff der "demokratischen Grundordnung" Österreichs, der nirgends definiert ist und damit den herrschenden Gruppen eine freie Interpretationsmöglichkeit gibt. Praktisch kann von einer Kritik am kapitalistischen System bis zum Eintreten für reformistische Änderungen oder dem Lesen von linken Zeitschriften (wie dieser!) alles als Verstoß gegen dieses Gesetz ge-

wertet werden. Daß sich ein Beamter "durch sein gesamtes Verhalten" zur österreichischen "demokratischen Grundordnung" ^{ke} "beugen" muß, bedeutet ja, daß er sich selbst in seiner Freizeit nicht mehr so ganz frei betätigen darf.

In Deutschland dient ein auffällig ähnliches Gesetz zum Rechtfertigen von Berufsverboten und damit zugleich zur Sicherung tausender Arbeitsplätze: Nämlich die der Geheimpolizei, Spitzel, Abhörspezialisten, Fotografen und Computerfachleute.

Auffallend ist auch, daß der Beamte in einem "besonderen Treueverhältnis" zum Staat stehen soll. Was die Besonderheit dieses Treueverhältnisses ausmacht, ist nicht gleich ersichtlich: Nämlich ein Streikverbot für Beamte.

Im Absatz 2 geht's im gleichen Ton weiter:

(2) Der Beamte hat insbesondere bei Ausübung seiner politischen Rechte (Art. 7, Abs. 2 B-VG: Den öffentlichen Bediensteten ... ist die ungeschmälernte Ausübung ihrer politischen Rechte gewährleistet!!!) und des Rechtes auf freie Meinungsäußerung (Art. 13 StGG) auf seine Stellung im Dienste der Republik Österreich und auf die Pflichten seines Amtes Bedacht zu nehmen und darauf zu achten, daß das Vertrauen in eine sachliche Wahrnehmung seiner Aufgaben erhalten bleibt; er hat durch sein Verhalten diesem Vertrauen gerecht zu werden und alles zu unterlassen, was letzterem abträglich ist.

Dies wird von empörten sozialistischen Beamten in einem Brief an die Parteispitze als "schlichtweg verfassungswidrig" bezeichnet, was auch stimmt: denn in den ersten drei Zeilen des Entwurfes steht, daß die Beamten kuscheln müssen, nicht kritisieren, keine Sachen ausplaudern, nicht für (linke) radikale Parteien werben oder gar kandidieren dürfen. Auch dürfen die Beamten die Häuptlinge der Gesellschaft nicht in Zweifel stellen geschweige denn die Strukturen der Gesellschaft selbst.

Der Gesetzesentwurf ist während des Sommers ganz klammheimlich und verblüffend flink zusammengestastet worden und hat auch ohne größeres Aufsehen die Begutachtungsfrist überstanden. Außer von einigen linken Zeitungen wurden diese Berufsverbotspläne bisher verschwiegen.

Nur Teile der Beamtenschaft selbst haben begonnen, Widerstand zu leisten: SP-Junglehrer starteten eine Unterschriftenaktion, SP-Beamte protestierten in einem Brief beim Parteivorstand.

Am 9.11. fand eine Enquete der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, der Interessenvertretung der unmittelbar Betroffenen, statt,

die inzwischen doch etwas beunruhigt zu sein scheint. (Bei der Enquete waren aber einfache Gewerkschaftsmitglieder genauso ausgeschlossen wie die Presse: typisch demokratische Grundordnung!) Resultat: Die Gewerkschaft ist gegen die Aufnahme der Formulierung "Demokratische Grundordnung". Gegen das "besondere Treueverhältnis" hat sie immerhin "Bedenken". Den Absatz 2 will die Gewerkschaft geändert haben, wie hat sie nicht gesagt.

Eine zu lauwarme Reaktion im Vergleich dazu, worum es geht: einer Entwicklung wie in der BRD hin zum geistigen Duckmäusertum vorzubeugen. Wir wollen jedenfalls dieses Thema weiterverfolgen und haben zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich das nächste Mal am Freitag, 24.11. um 17 Uhr 30 in der Fachschaft trifft.

(Dieser Artikel ist das Produkt einer Kooperation zwischen dem RBK und dem FALTER, der bekannten zweiwöchentlich erscheinenden Wiener Programmzeitschrift)

Über den "Fall Beamtendienstrecht" wie über andere "Fälle" aus der Arbeitswelt berichtet das Komitee zum Schutz vor politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz in einer Veranstaltung am 24.11. um 19 Uhr in der Alten Schmiede in der Schönlaterngasse.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Vervielfältigung, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: K. Lanbain, 1100 Wien, Weigandhof 5.

NEUE PHILOSOPHIE ODER ALTE MACHT?

Als dieses Semester die mit viel Spannung und Interesse erwartete Ostleitner Vorlesung unter dem Titel: "Ungleichgewichtstheorie aus wirtschaftspolitischer Sicht" das erste Mal über die Bühne lief, konnten viele ihre Gefühle nicht in Worte fassen; zu stark waren die Emotionen, welche Ostleitner in uns weckte, allzu inadäquat jede Formulierung welche sich auf unsere bebenden Lippen drängte.

Denn ihm war gelungen, was niemand für möglich hielt: den Schritt von der Theorie zur Praxis im Rahmen seiner VO zu machen.

Nachdem er uns zunächst kurz an die Luhmann'sche Definition von Macht und Zwang erinnerte,¹⁾ führte er uns vor, wie Macht im konkreten Fall ausgeübt werden kann.

- 1) Für jene die sich momentan nicht erinnern können: Macht, bzw. die Ausübung von Macht, setzt voraus daß es einen "Machthaber" und einen "Machtbetroffenen" gibt. Der Machthaber verfügt aus welchen Gründen immer, über mehr als eine Alternative, d.h. er kann in Bezug auf die Ausübung seiner Wahl Unsicherheit erzeugen und beseitigen. Auch der Machtbetroffene kennt mehrere Möglichkeiten des Handelns, wird jedoch in seiner Wahl beeinflusst. Er wird aber das Gefühl haben, freiwillig, selbständig auszuwählen. Hingegen bedeutet Zwang soviel wie, daß der "Gezwungene" nicht mehr das Gefühl haben kann selbst zu entscheiden, er muß tun was ein anderer will.

Ostleitner schaffte es mühelos durch die Verwendung einer überaus reflektierten und absolut unverständlichen Sprache, die Studenten in Bezug auf sein Vorhaben im Dunkeln tappen zu lassen. So blieb auch die Beeinflussung der Zuhörer durch diesen redegewandten Machthaber nicht aus. Aus den Alternativen "Weggehen; Fragen stellen; Erklärungen verlangen; staunend zuhören; bewundernd zuhören" wählten die meisten die zuletzt angeführte. Freiwillig.

Aber die Machtproblematik wurde uns nicht nur offenbar, Ostleitner schien sogar eine Lösung anzubieten. Indem er uns vor Augen führte, wie Macht durch Sprache ausgeübt werden kann, regte er einige seiner Bewunderer an, sich mit der strukturalistischen These der absoluten Verknüpfung von Sprache und Macht auseinanderzusetzen.²⁾

- 2) Sollte jemand eine Gedächtnislücke haben: Für die Strukturalisten sind die "Entfremdungsmechanismen" nicht die Produktionsverhältnisse, oder der ideologische Überbau, sondern die Sprachen mit "ihrer klassifizierenden, normierenden Macht" (Roland Barthes)

Jetzt erst können wir das Phänomen Ostleitner begreifen. So wie Lacan will er nichts als die Wahrheit sagen, und zwar in der Sprache die ihm geeignet erscheint³⁾. Diese muß dem Laien unverständlich sein, denn Ostleitner praktiziert den subversiven Diskurs. Seine hermetische (-ein eleganterer Ausdruck für unverständlich-) Redeweise ist die einzige Möglichkeit die traditionellen Werte der Sprache in Frage zu stellen und unter seinen Zuhörern ein revolutionäres Bewußtsein zu entwickeln.

Und das muß man ihm, trotz aller Einwände gegen die "neuen Philosophen"⁴⁾, lassen: durch die Offenlegung der Machtstrukturen in seiner Vorlesung hat er ein Klima der Revolution geschaffen. Schon sitzen Leute mit subversiven Ideen in seinem Hörsaal. Der Tag, an dem Ostleitner sich und seine Position freudig der Revolution opfern wird, ist nicht mehr fern.

Somit zählt er zu den wenigen wahrhaften Idealisten unserer Zeit... auch wenn es manchen noch nicht so erscheinen mag. Sollte er selbst seine revolutionäre Größe nicht erkannt haben, so ziehen wir erst recht den Hut vor solch intuitiv-strukturalistisch-subversivem Verhalten, und gehen mit frischem Mut daran, die Machtstrukturen in seiner Vorlesung in Frage zu stellen, nach dem Motto: "Hörer aller Ostleitner-Vorlesungen vereinigt euch!"

- 3) Es könnte sein, daß euch beim besten Willen nicht mehr einfällt, wer dieser Lacan ist. Begründer einer pariser Freud-Schule, wurde vor allem dadurch berühmt, daß er wie Ostleitner, auf unverständliche Art nichts als die Wahrheit sagte, während (Zit.) "...Hörer ihm zu Füßen sitzen, nur Bruchstücke verstehen, und sich befreit, auserwählt, eingeweiht fühlen, und an den subversiven Diskurs glauben..."

- 4) Obwohl natürlich alle mit den "neuen Philosophen" bestens vertraut sind, will ich daran erinnern, daß ihr Verdienst darin besteht, radikale, umfassende Fragen zu stellen, in der Art: "Was ist der Mensch? Was ist der moderne Mensch? Ist sein Wille Wahn?..."

SOZIALE UNGLEICHHEIT UND BILDUNG

(1. Teil)

Chancengleichheit war und ist das beinahe von allen gesellschaftlichen und politischen Kräften Österreichs als Grundlage der Bildungspolitik akzeptierte Schlagwort. Die Kinder aller sozialer Schichten - Arbeiter, Bauern, Angestellte und Unternehmer - sollen dieselben Chancen beim Zugang zu den Bildungseinrichtungen haben. Das Bildungssystem stellt dann nach objektiven Kriterien die Fähigkeiten und Leistungen der Kinder fest, um sie dann jenen Berufen und gesellschaftlichen Positionen zuzuteilen, für die sie befähigt sind.

Ob jemand eben Arzt wird oder ob er es nur bis zum Hilfsarbeiter bringt, hängt einzig und allein von ihm selbst, von seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft ab. In unserer Gesellschaft soll die erreichte Position nicht mehr von der sozialen Herkunft, sondern vom Leistungswillen und der Leistungsfähigkeit abhängen. So jedenfalls will es uns die vorherrschende Ideologie weismachen. Wer den sozialen Aufstieg nicht schafft ist selbst schuld; d.h. entweder zu dumm oder zu faul.

Doch wie sieht die Wirklichkeit in dieser Frage aus? Spielt die soziale Herkunft tatsächlich keine Rolle mehr? Dazu einige Zahlen aus dem Sozialbericht für das Wissenschaftsministerium.

Die 11 - 14jährige Bevölkerung nach Schultypen und sozialer Herkunft in Prozent (nach d. Volkszählung 1971)

Beruf des Haushaltsvorstandes	Volkschule	Sonderschule	Hauptschule	AHS
Sonstige Arbeiter (va. Hilfsarbeiter)	25,7	3,7	65,7	4,9
Facharbeiter	16,4	1,9	71,8	9,9
Angestellte u. Beante	6,8	1,5	56,7	35,3
Landwirte u. Mithelf.	33,3	0,8	61,5	4,5
Sonst. Selbständige u. Mithelfende	19,4	0,9	58,9	30,7
Gesamt	18,2	1,9	62,6	17,3

Die Zahlen sprechen für sich: Während nach wie vor ein Viertel der Kinder unqualifizierter Arbeiter und ein Drittel der Bauernkinder die Volksschuloberstufe besuchen, sind nur noch 6,8 % der Angestellten- und Beamtenkinder und 9,4 % der Selbständigenkinder in diesen Schultyp anzufinden. Dagegen besuchen nur knapp 5 % der Kinder unqualifizierter Arbeiter (bei Facharbeiterkindern ebenfalls nur 9,9 %) und gar nur 4,5 % der Bauernkinder die Gymnasium-Unterstufe, während 35,5 % der Angestelltenkinder und Beamtenkinder und 30,7 % der Kinder von Selbständigen die AHS-Unterstufe besuchen. Bei den Sonderschülern weisen die Kinder unqualifizierter Arbeiter den höchsten Prozentsatz auf.

Das Leben von Arbeiter- und Bauernkindern wird also bereits im Alter von 11 Jahren - wenn sie zwischen den 4 in der Statistik angeführten Schultypen aufgeteilt werden - entscheidend bestimmt. Sie werden - was später noch gezeigt werden wird - kaum mehr Chancen haben, ein anderes Lebens-'schicksal' zu erlangen, wie ihre Eltern.

Neben der regional unterschiedlichen Schulversorgung ist die frühkindliche Sozialisation, die selbst wiederum von der Schicht- und Klassenlage der Eltern bestimmt wird, eine der Ursachen dieser bereits im 11. Lebensjahr so sichtbaren sozialen Ungleichheit. Darüberhinaus ist nachgewiesen worden (von Fischer/Köckeis 1967), daß die Lehrerentscheidungen über die Leistungsbeurteilung und die Lehrerempfehlungen für die weitere Schulwahl sehr stark von der sozialen Herkunft der Schüler bestimmt ist.

Nun gibt es sicherlich Leute - wahrscheinlich selbst privilegiert von Geburt an oder Sozialaufsteiger - die die Ursache dieser starken sozialen Differenzierung nicht in den genannten Gründen suchen, sondern die Behauptung aufstellen, daß Arbeiter- und Bauernkinder eben durch Vererbung bedingt dümmer und fauler seien.

Neben vielen anderen (z.B. anthropologischen) Gegenargumenten, läßt sich dazu auch ein empirisches Argument anführen: Bei den 11 bis 14-jährigen besucht ein mehr als fünfmal (5,38 x) so hoher Anteil an Angestelltenkindern

höhere Schulen als bei Arbeiterkindern (siehe 1. Tabelle).
Bei den 16-jährigen sinkt dieses Verhältnis auf 3,45 : 1
d.h. nur mehr ein über dreimal so hoher Anteil an Ange-
stelltenkindern besucht gegenüber den Arbeiterkindern
höhere Schulen. (siehe folgende Tabelle; $38:11=3,45$)

16-jährige nach ihrer Unterbringung
und sozialer Herkunft in Prozent
(Volkszählung 1971)

Beruf des Haus- haltsvorstandes	Schüler					Lehr- ling	Hilfs- arb.
	Pflichtsch. o.polytechn. Lehrgang	mittl. Schulen	höhere Schul.	zusam- men			
Arbeiter	2	10	11	24	52	24	
Angestellte u. Beante	2	13	38	53	27	10	
Landwirte u. Mithelfende	2	13	13	28	29	43	
sonst. Selbständige u. Mithelfende	2	17	38	57	19	14	

Wenn nun jemand behauptet, daß die starke Aufspaltung der
11 bis 14-jährigen auf ererbte Dummheit und Faulheit zurück-
zuführen sei, so kann er wohl kaum allen Ernstes annehmen,
daß diese angeblichen Vererbungsmerkmale bei den 16-jährigen
auf einmal weniger stark wirken, d.h. daß die Arbeiter- und
Bauernkinder relativ zu den Angestelltenkindern plötzlich
weniger faul und weniger dumm geworden sind. Vielmehr müßte
nach dem Vererbungsargument die Aufspaltung der 16-jährigen
nach sozialer Herkunft mindestens ebenso groß oder größer
sein als bei den 11-jährigen, da doch die Aufspaltung bei
den 11-jährigen jene bei den 16-jährigen mitbeeinflußt.

Fazit: Soziale Ungleichheit ist eben nicht irgendwelchen
biologischen Ursachen, sondern bestimmten sozialen
Mechanismen geschuldet, die unserer Gesellschafts-
ordnung entspringen.

Dieser Artikel stützt sich ausschließlich auf M.F.Kowalski,
Josef Bucek (Hrsg.), Sozialbericht an das BM f. Wissenschaft
und Forschung, Strukturen der sozialen Ungleichheit in
Österreich.

DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

WS 1978/79

Nr. 6

November

1978

Der alte Mann und die Universität
oder
Das große W.

Es war einmal ein kleiner alter Mann den keiner lieb haben wollte. Da wurde er allen zum Trotz Professor. Und als ihn noch immer niemand haben wollte, wurde er eine Zeitlang Dekan. Da brauchte ihn dann niemand mehr lieb zu haben, denn jetzt war er ja ein wichtiger Mann und alle Anderen - die ihn früher ja nicht lieb haben wollten - sollten ihn jetzt fürchten. Durch diese und viele weitere ungünstige Sozialisationsbedingungen wurde der kleine alte Mann auch noch ein Professional der Verschwörung und Intrige. Nur ein professionierter Lehrveranstaltungsleiter wurde er nie. Das machte ja auch nichts, denn für seine Sozialisationsgeschädigten hat er ja seine ¹⁾ Assistenten. Später war unser kleiner Sozialisationsgeschädigter auch noch eine Zeitlang Vorstand eines gewissen wirtschaftswissenschaftlichen Instituts. Das war letztendlich doch zuviel. Unter der immensen Arbeitsüberlastung ist er schier zusammengebrochen und seine heißgeliebten Lehrveranstaltungen konnte er noch seltener besuchen. Gewissermaßen als Entspannung saß er dann kuchenkauend, nägelputzend und geistesabwesend in der letzten Reihe. Und trotzdem behaupten böse Zungen - die ihn nicht lieb haben wollen -, daß seine ganze Arbeit als Institutsvorstand darin bestand, zweimal täglich